

# Saarlouis: Integrationsbeirat thematisierte den Fall Yeboah

*Jörg Laux*

[Saarland](#)

[Saarlouis](#)

[Saarlouis](#)



## **Stadt Saarlouis Integrationsbeirat spricht über Fall Yeboah**

**Saarlouis · Anlässlich der Urteilsverkündung hat sich der Integrationsbeirat der Stadt Saarlouis mit dem Fall Yeboah beschäftigt.**

17.10.2023, 09:12 Uhr 4 Minuten Lesezeit

Der Fall Samuel Yeboah war Thema der jüngsten Sitzung des Integrationsbeirates der Stadt Saarlouis. Oberbürgermeister Peter Demmer und die Integrationsbeauftragte Christiane Bähr, die anlässlich der Urteilsverkündung am Montag in Koblenz (die SZ berichtete) waren, nutzten die

Gelegenheit, ihre persönlichen Eindrücke aus dem Gerichtssaal zu schildern.

Der nun nicht mehr „mutmaßliche“ Täter war nach Jugendstrafrecht – zur Tatzeit vor 32 Jahren war er 20 Jahre alt – zu sechs Jahren und zehn Monaten verurteilt worden.

Oberbürgermeister Demmer zeigte sich tief beeindruckt davon, wie detailliert die Urteilsbegründung durch den vorsitzenden Richter ausgefallen war. Ganze eineinhalb Stunden habe die Verlesung gedauert. Die furchtbaren Auswirkungen der Tat seien dargelegt worden, „ebenso wie Dinge, die man gar nicht hören wollte“.

## **Fall noch nicht erledigt**

Der Täter selbst habe dem ganzen „teilnahmslos“ beigewohnt. „Er hat nur einmal seinem Rechtsanwalt etwas ins Ohr geflüstert, sonst gab es keine Regung“, erzählt Demmer. Mit der aktuellen Urteilsverkündung sei der Fall jedoch noch nicht erledigt.

Ein mutmaßlicher Täter sitze noch in U-Haft und werde wahrscheinlich noch ein Verfahren bekommen, während ein zweiter scheinbar nur als Sündenbock fungieren sollte. Demmer hob hervor, dass die Stadt Saarlouis im Fall Yeboah gerade in den letzten Jahren viel unternommen habe, was ihr allerdings nicht gedankt worden sei.

Explizit hob er hier die Antifa hervor, die „das komplett ignoriert haben“. In der Urteilsbegründung sei beispielsweise klar gesagt worden, dass die Polizei keine Fehler gemacht hätte, oder die Aufklärung der Tat behindert hätte. Es habe höchstens hier und da „gehakt“, fasst Demmer zusammen.

Dennoch habe die Antifa dies in ihrer Stellungnahme nach dem Urteil komplett ignoriert und „wieder auf die Polizei eingedroschen“. Auch die Aktion Dritte Welt sei nicht mehr auf die Stadt zugekommen, obwohl diese viele ihrer Forderungen umgesetzt habe. Speziell gibt es hier Differenzen, was die Anbringung einer Gedenktafel am Rathaus angeht, die der Verwaltungschef strikt ablehnt. „Eine solche Tafel gehört nicht ans Rathaus, der Meinung bin ich nach wie vor, und ich werde es im Laufe meiner Amtszeit nicht genehmigen“, stellte OB Demmer fest. Der jetzige Ort der Gedenktafel am Gedenkort des Brandanschlages sei der richtige Ort und angemessen.

## **„Für uns ist das Auftrag, uns mit der Historie weiter zu beschäftigen**

Auch für die Integrationsbeauftragte Christiane Bähr war der Besuch in Koblenz „ein emotionales Ereignis“. Die detaillierte Urteilsbegründung habe „ein sehr genaues Bild der Pogromstimmung in Saarlouis in den 90ern“ gezeichnet. „Für uns ist das Auftrag, uns mit der Historie weiter zu beschäftigen“, stellte Bähr fest.

Sie sei noch immer „erschüttert“ von der Urteilsbegründung, bei deren Verlesung übrigens keine Hinterbliebenen oder Opfer anwesend gewesen seien. In diesem Zusammenhang ging Bähr auch auf die Kritik ein, dass die Stadt anlässlich der Eröffnung der Yeboah-Gedenkstätte in Fraulautern, keine Betroffenen eingeladen habe: „Man hat uns vorgeworfen, dass die Opfer nicht eingeladen

waren. Wir empfanden das als nicht angemessen, sie einzuladen, ohne vorher einmal Kontakt zu ihnen gehabt zu haben“, erklärte Bähr.

Man werde nun aber auf die Opfer zugehen. „Ob das gewünscht ist von den Betroffenen, steht in den Sternen. Es wäre auch nachvollziehbar, wenn sie das ablehnen würden.“ Oberbürgermeister Demmer habe Kontakt zur Opferschutzbeauftragten beim Ministerium für Justiz des Saarlandes, Agata Schubert, aufgenommen, um weitere Schritte im Zugehen auf die Opfer und Hinterbliebenen zu eruieren.

Im kommenden Jahr ist außerdem nach Fertigstellung des Mahnmals in Erinnerung an die Opfer von Hass, Diskriminierung und Gewalt eine große öffentliche Gedenkfeier am Gutenbergplatz geplant. Bähr hob hervor, dass vor dem Hintergrund dieser Tat weitere Aufklärungsmaßnahmen, vor allem an Schulen, wichtig seien.